

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 660

Mittwoch, 11. Juli 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein Monat nach dem Vulkanausbruch: Wie geht es weiter?.....	1
Sie versuchen das Schuljahr der 11.000 vom Vulkanausbruch betroffenen Kinder zu retten.....	3
Waqib' Kej verurteilt den Angriff auf die Widerstandsgemeinden in San Juan Sacatepéquez.....	4
Soziale Bewegungen gegen den Gesetzentwurf zum Schutz des Lebens und der Familie.....	5
Nach Mordangriff: Transportes Marquensita fahren vorläufig nicht mehr in den Westen.....	5
Fünf Jahre Haft für den Richter Érick Santiago de León wegen Bestechlichkeit im Amt	5
Antikorruptions-Front verlangt Wiedereinstellung von PolizistInnen, die CICIG zuarbeiten.....	6

Ein Monat nach dem Vulkanausbruch: Wie geht es weiter?

Guatemala, 4. Juli – Der Ausbruch des Vulkans Fuego hat eine Tragödie hinterlassen. Diesen Dienstag ist es nun einen Monat her, dass das Unglück über einige Dörfer an den Ausläufern des Vulkans hereinbrach. Vor einem Monat, am 3. Juni, kam Lava und heiße Asche herab und hat nicht nur die Gemeinden begraben, sondern auch die Träume ihrer BewohnerInnen. Wer sich dem Ground Zero in San Miguel Los Lotes, im Departamento Escuintla, dem am heftigsten betroffenen Dorf, nähert, kann die Trostlosigkeit spüren. Die Überreste der Hausdächer, das Blech, die Baumstämme, Kleidungsstücke, Schuhe und Spielzeug, all das findet sich in der Asche. Das Land ist nun nicht mehr heiss, da es in den letzten Tagen geregnet hat und den Boden in Matsch verwandelt hat und Pfützen in den Löchern entstehen liessen, die die BewohnerInnen mit ihren eigenen Händen, mit Schaufeln, Stöcken gegraben hatten, um die Leichen ihrer Angehörigen zu finden, die von der Lava und Asche begraben wurden.

Die Nationale Katastrophenschutzbehörde CONRED gibt die Zahl der Toten weiterhin mit 113 an, von denen 88 identifiziert wurden, darunter drei AusländerInnen. Das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften (INACIF) ist dabei, die übrigen 25 zu identifizieren. Bis letzten Montag wurden laut Sergio Cabañas, Exekutivsekretär der CONRED, 3.643 Personen in Notunterkünfte gebracht. Während also die Behörden von 113 Toten sprechen, versichern Anwohner wie Otto Ramiro García, dass es viel mehr seien: "Hier gibt es viele Tote, mindestens 1.400", sagt er.

Der Nationale Katastrophenschutz spricht von 332 Verschwundenen ...

Die CONRED informierte die Bevölkerung diesen Mittwoch darüber, dass die Zahl der Verschwundenen auf 332 gestiegen sei. Zu dieser Zahl sei man gekommen, „nachdem 176.144 in verschiedenen Institutionen Registrierte überprüft“ und die „mit der Liste der Personen, die sich in den Herbergen befinden, abgeglichen wurden“. Die CONRED versicherte, dass sie die Informationen verschiedener Institutionen verifiziert habe, darunter die des Roten Kreuzes, der General La Conred aseguró que se verificaron registros e información de varias instituciones, entre estas, la Cruz Roja, la Generalstaatsanwalt der Nation (PGN), das Sekretariat für Sozialarbeit der Präsidentengattin, die Ministerien für Gesundheit und Bildung und das INACIF sowie das Nationale Personenregister, die Elektrizitätswerke und das Nationale Statistische Institut.

Die Zahl der Verschwundenen und ihre Zuordnung zu den betroffenen Gemeinden sieht nach CONRED wie folgt aus:

El Rodeo, Escuintla:	102
San Miguel Los Lotes, Escuintla:	205
Escuintla, Stadt:	10
La Reina, Escuintla:	8
San José Las Lajas, Alotenango, Sacatepéquez:	7
Total:	332

... andere sprechen von 2.900, allein in San Miguel Los Lotes

Die Organisation Antigua al Rescate hält die Zahlen, die die CONRED nennt, für zu niedrig. Sie stimmten nicht mit den Daten der Überlebenden überein. Die NGO geht von etwa 2.900 Verschwundenen (und wahrscheinlich Getöteten) aus. Laut der Daten von Antigua al Rescate gab es allein in San Miguel Los Lotes, der am schwersten betroffenen Region, 90 Bauparzellen, von denen jede vermutlich von etwa 40 Personen bewohnt wurde. Wenn davon ausgegangen wird, dass es je Parzelle zwischen drei und vier Wohneinheiten gab. Das wären insgesamt 3.600 EinwohnerInnen. Wenn man von dieser Zahl die 700 in Notunterkünften lebenden Personen aus dem Gebiet abzieht, dann bleiben bis zu 2.900 Verschwundene.

„Die Überlebenden haben uns Videos gezeigt, die sie wenige Minute vor der Tragödie aufgenommen haben. Diese zeigen viele Menschen im Moment der Katastrophe und man sieht, wie alle durch die Pfade der Gemeinden laufen“, sagt David Torres, Freiwilliger der Organisation, während einer Pressekonferenz direkt am Ground Zero. Die verschiedenen an der Pressekonferenz beteiligten Organisationen betonten, dass es am Tag der Tragödie Ereignisse gegeben habe, die eine grosse Menschenmenge sich hat versammeln lassen, vor allem Besuche. Torres geht davon aus, dass nur an einem dieser Pfade mindestens 300 Personen begraben worden seien.

Die Suche geht weiter

Damaris Elizabeth Tomas, Überlebende aus San Miguel Los Lotes, erklärte, dass sie nicht die Hoffnung verlieren werde, die Überreste ihrer sechsjährigen Tochter und ihrer 15-jährigen Nichte zu finden. „Wir haben die Regierung gebeten, dass sie unsere Angehörigen weiter suchen soll, jetzt blockieren sie uns die Wege durch ihren Maschinenpark, weil der Staat uns dadurch nicht hilft“, sagte sie.

Die Angehörigen der Opfer versichern, dass sie am Donnerstag an den Ort zurückkehren werden und dort so lange bleiben werden, bis sie die Leichen ihrer Lieben zu sich geholt haben, die begraben sind. Daran würden auch die Verbote sie nicht hindern, die die Polizei der Region auferlegen will. Am 3. Juni wurde der Ort und einige Nachbarorte durch Lava, Schlamm, Sand und Gase vollkommen verschüttet. San Miguel Los Lotes ist verschwunden.

Mit Spendenmitteln aus dem Ausland, beispielsweise durch den Pastor Joel Reinfeld, haben die Überlebenden Maschinendienstleister angeheuert, um die Arbeiten zu ermöglichen. Dies hat die Zuversicht der Überlebenden gesteigert, deren Wunsch es ist, ihren Verwandten ein christliches Begräbnis zu geben. Der Regen hat die Blätter der wenigen Bäume gereinigt, die noch aufrecht stehen, einige wenige Zweige beginnen zu blühen, geben der grauen Umgebung ein wenig Farbe. Aber das Regenwetter kann auch eine Bedrohung für die BewohnerInnen am Fusse des Vulkans sein, da der Schlamm- und Schuttstrom, der sich mit dem vulkanischen Material angesammelt hat, von dem Regen mitgerissen werden könnte. Laut dem Direktor des Nationalen Instituts für Seismologie, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie (INSIVUMEH), Eddy Sánchez, können diese Schlammströme „bis zu 100-mal grösser werden und jedes könnte 10 Millionen Kubikmeter umfassen.“

Am Tag des Vulkanausbruchs war die Rauchsäule, die aus dem Vulkan Fuego hervorquoll, 6.000 Meter über Meeresspiegel hoch und an den folgenden Tagen blieb sie zwischen 4.200 und 5.600 Meter. Gestern wurde über zwei oder drei schwächere Explosionen pro Stunde berichtet, die eine Rauch- und Aschensäule 4.200 Meter hoch schleuderte.

Eufemia García: “Ich muss meine Familie ausgraben”

Ihre Haut ist durch die Sonne verbrannt, ihre Hände rissig durch den Kontakt mit Erde und Asche. Dies sind in diesen Tagen die sichtbaren Zeichen dafür, dass Eufemia García das Terrain umgegraben hat, das einmal ihrer Mutter gehörte. Hier, so versichert sie, finden sich 40 ihrer Familienangehörigen eingegraben in der Erde. Sie ist eine der wenigen Frauen, die in diesen Tagen seit dem Ausbruch des Vulkans ihre Familienangehörige in San Miguel Los Lotes auszugraben sucht. Im Niemandsland kann man sie mit dem Spaten in ihren Händen sehen, ohne Mundschutz oder Stiefel. Der Wunsch, die Leichen ihrer drei Kinder, ihren Enkel, Geschwister und Nichten zu finden, hält sie auf den Beinen in einem Terrain, das durch den Ausbruch verwüstet wurde. Die Mutter hat sich seit dem ersten Tag der Tragödie zu einem Symbol der Hartnäckigkeit und des Schmerzes aller Überlebenden verwandelt, weil sie den Ort nie verlassen hat. Sie war es, die den Präsidenten Jimmy Morales um Hilfe bei der Suche nach ihren Angehörigen bat. „Sie wollen nicht, dass wir unsere Verwandten ausgraben. Ich aber glaube, dass wir jedes Recht dazu haben, weil es unser Eigentum ist und weil hier unsere Familie ist“, sagt sie ohne ihren Spaten loszulassen, der ihr über die langen Tage, bis der Regen einsetzte, ein Kamerad geworden ist.

Eufemia hat eine Namensliste der Personen, die weiterhin in der Erde begraben liegen. 50 Namen, aber zehn Leichen hat sie bereits freigelegt, darunter – am 10. Juni – die ihrer Mutter. „Ich werde nicht von hier fortgehen, weil ich meine Familie ausgraben muss. Das macht mir nichts aus und sei es, dass ich nur ein Knöchelchen finden würde, aber ich möchte sie herausholen“, sagt sie, das Gesicht auf die Erde gerichtet.

Gestern hat Eufemia sich weiter unaufhaltsam in diesem Berg aus Sand und Asche abgearbeitet, umgeben von einem einige Meter langen Graben, der durch den Aushub aus der Erde entstanden ist. Die Furche ist durch den Regen der letzten Tage mit Schlamm voll gelaufen, was die Aufgabe erschwerte. Glücklicherweise ist sie nicht allein. Einige Personen haben sich zu ihr gesellt, um ihr zu helfen. „Es ist traurig und beängstigend, seine Familie zu verlieren. Dieser Ort hier ist voller Familien, die starben“, bedauert sie.

Loida Siquinajay: Eine Familie überlebte auf wundersame Weise

„Er sagte, dass er niemals zurückkommen werde“, sagte Loida Siquinajai. Sie steht dort, wo einmal ihr Haus stand und

das nun durch Vulkanasche begraben ist. Auf wundersame Weise konnten sie, ihre Kinder und ihr Ehemann sich retten. In ihren Gedanken hat sich die Szenerie des pyroklastischen Materials eingebrannt, das sich rasch dorthin wälzte, wo sie wohnten. Es war Mittagessenszeit und sie wartete an der Haustür auf ihre Tochter, die die Tortilla brachte. Als sie die herankommende schwarze Wolke sah, nahm sie ihre Kinder und rannte. Sie sagte einer Cousine, die gegenüber wohnte, dass sie fliehen müsse, aber ihre Bitte erreichte sie nicht. In den Strassen drängten sich die Leute und es gab kein Vor und Zurück. Da entschied Loida, ihre Mutter und ihre Geschwister zu suchen, die in der Nähe wohnten. Ein Laster, der wartete auf sie, um sie aufzunehmen, aber sie konnten nicht vorankommen. „Wir bleiben hier – das ist der Wille Gottes.“ Als dies passierte, durchbrachen sie einen Zaun und schafften es, auf das Dach eines zweistöckigen Hauses zu gelangen. Ihr Mann und ihr Bruder bauten eine Brücke aus Holzplanken und flohen. Die Nacht war angebrochen. „Wir haben nichts aus dem Haus genommen, wenn wir das getan hätten, würden wir es nicht erzählen.“

Elder Vásquez: “Hier wurde mein Haus verschüttet”

Dort, wo er steht, gibt es nicht viel mehr als Vulkanasche und grosse Steine- Aber hier unter all diesem Material – so versichert er – liegen die Leichen seiner Ehefrau und ihrer Kinder. Diese konnten nicht vor dem Vulkanausbruch fliehen. Sein Gesicht sieht müde aus, seit vielen Tagen sucht er die Leichen seiner Familie. Mit Stöcken und Schaufeln gräbt er die Erde um, weil er ihnen ein christliches Begräbnis geben will. Aber dieses Mal ist er dabei nicht allein. Er erhielt eine wirtschaftliche Unterstützung von einer Gruppe von US-BürgerInnen, um Maschinen herbeizuschaffen, die beim Umgraben der Erde helfen. „Die Firma verlangte 225 Q pro Stunde“. Geld, das er nicht zahlen konnte, wenn er diese Spende nicht erhalten hätte.

„Die Regierung hat uns nicht geholfen. Schlimmer, sie verkomplizieren die Arbeit noch, weil es diese Anordnung der Polizei gab, die uns verbot, den Ground Zero zu betreten“, sagt er etwas enttäuscht. Wo doch er mit anderen BewohnerInnen nicht aufhören werde, bis sie ihre Lieben gefunden haben. Nachdem er seinen Ärger herunter geschluckt hat und einmal durchatmete, sagt er: „Ich stehe genau dort, wo mein Haus war. Hier wurde mein Haus verschüttet.“ (PL)

Sie versuchen das Schuljahr der 11.000 vom Vulkanausbruch betroffenen Kinder zu retten

Guatemala, 3. Juli – Mit einer Anzahl verschiedener Aktivitäten versucht das Bildungsministerium und die Zivilgesellschaft das Schuljahr auch für jene Kinder aufrechtzuerhalten, die von dem Vulkanausbruch betroffen sind. Letzten Montag sind 11.000 der Kinder im Schulalter wieder in den Unterricht gegangen.

Eine der wichtigsten Aktivitäten des Ministerium war es, das Curriculum so anzupassen, dass die Lehre für die restliche Zeit des Jahres neu priorisiert wird, sagte der stellvertretende Bildungsminister Héctor Cano. Zudem nennt er die Begleitung der LehrerInnen und DirektorInnen, um sicher zu stellen, dass die SchülerInnen die Fähigkeiten, die erwartet werden, auch entsprechend ihrer Klasse erreichen- Ein Aspekt, den Verónica Spross von der Organisation „UnternehmerInnen für die Bildung“ für besonders wichtig hält, um die verlorene Zeit wieder aufzuholen. Laut Spross „ist es notwendig, mit den DirektorInnen zu arbeiten, damit diese in diesem Moment eine Führungsmacht in der Bildungsgemeinde innehaben. Gleiches gilt für die LehrerInnen, damit diese die Werkzeuge haben und die Schülergruppen so führen, damit die Kinder den posttraumatischen Stress überwinden.“ Bislang ist nicht geplant, das Schuljahr in den von der Tragödie betroffenen Gemeinden zu verlängern; das wird im Juli sein, nach einer Lernerfolgssprüfung der Kinder werde man entscheiden, ob einige weitere Schultage notwendig sein werden. „Derweil markieren sie diese in dem Schulkalender“, sagt der stellvertretende Minister. Eine weitere Massnahme des Bildungsministeriums ist die psychosoziale Betreuung der LehrerInnen und SchülerInnen. „Wir werden psychologische und pädagogische Betreuung miteinander kombinieren“, sagt Cano weiter. Es wurden 10.000 Arbeitsfolien gedruckt und 2.000 Stück eines Lehrmaterials namens „Ein Rucksack für den Notfall“, das darüber informiert, wie man sich nach einer Katastrophe verhalten sollte. Die UnternehmerInnen für Bildung sind Teil der Kampagne „Für meine Zukunft und meine Rückkehr in die Klasse“, die die Wiedereingliederung der SchülerInnen in den Schulalltag unterstützen soll.

„Das Ministerium hat viel gearbeitet, aber es braucht zusätzliche Hilfe, damit die Kinder Schulsachen haben und die LehrerInnen fortgebildet werden“, sagt Spross. Das Ministerium hat derzeit 9.000 Schulranzen, die den SchülerInnen ausgehändigt werden. „Wir werden dies mit der Übernahme von Schulgeldern oder mit Fortbildungen unterstützen, je nach dem, was notwendig ist. Wir glauben, dass es wichtig ist, sicherzustellen, dass die Schulsachen direkt an die LehrerInnen und SchülerInnen übergeben werden“, sagt sie.

Übergangsklassen

4.200 Kinder in den Dörfern in Escuintla und 7.000 SchülerInnen in den städtischen Gebieten sind nun in die Schulklassen zurückgekehrt – freilich nicht in ihre bisherigen Klassenräume, sondern in 20 Zelte und 25 modulare Klassenräume, die das Bildungsministerium bis Mittwoch aufgebaut hatte. Héctor Cano sagte, dass es die Absicht seines Ministeriums sei, diese Klassenräume in der Nähe der Notunterkünfte zu installieren, damit die Kinder keine weiten Wege haben. Eine andere Option, etwa im Falle der Stadt Escuintla, war es, sie im Sportstadion aufzubauen. „Wenn die Übergangsherbergen für Familien geschlossen werden, werden wir sofort die modularen Klassenzimmer aufbauen und aus diesen Übergangsschulen werden dann langfristige Schulgebäude werden“, sagte er. Jedes Zelt kann 48 SchülerInnen beherbergen, die an drei Tagesschichten betreut werden: Morgens die Vorschule und Grundschule, nachmittags höhere Schulen. Cano erklärte, dass auch sanitäre Anlagen und mobile Waschegelegenheiten dort für die SchülerInnen vorhanden seien.

Eine Priorität

Der Staatssekretär für Bildungsqualität, José Moreno, sagte gegenüber der *Prensa Libre*, dass es von hoher Priorität sei, dass die Kinder an einen sicheren Ort zurückkehrten. Es habe einige vorbereitende Fortbildungen für LehrerInnen und MitarbeiterInnen des Ministeriums gegeben, um in den ersten Tagen der Rückkehr herauszufinden, wie der psychosoziale Zustand bei den Kindern ist und welche Kinder aufgrund des Verlustes von Angehörigen und ihrer Wohnung unter starkem Druck stehen. „Sie müssen ihr Wohlgefühl und ihren Sinn für Aktivitäten zurückbekommen, damit sie nicht in ihrem Trauma nach der Katastrophe verhaften bleiben“, sagte Moreno weiter. Er fügte hinzu, dass es eine ganzheitliche Strategie gebe und dass die erste Massnahme sei, sie in die Bildungsaktivitäten wieder einzugliedern, das System der Stundenpläne von drei und vier Stunden. Es gibt auch die Möglichkeit der Unterrichts Anpassungen, d.h. neue Unterrichtsformen wie Projekte, Experimente, Lesungen, damit sich die SchülerInnen wieder anpassen können. „Wir werden alles tun, um das Bestmögliche in der schnellsten Zeit zu schaffen“, sagte Moreno. (PL)

Waqib' Kej verurteilt den Angriff auf die Widerstandsgemeinden in San Juan Sacatepéquez

Guatemala, 4. Juli – Die Mayavereinigung Waqib' Kej beklagte öffentlich den Angriff auf die Widerstandsgemeinden in San Juan Sacatepéquez, der am 3. Juli durch Personen stattfand, die vermutlich mit der Zementfabrik verbandelt sind, gegen die sich der Widerstand richtet. Waqib' Kej berichtete, dass am vergangenen Dienstag fünf Lastwagen der Firma Cementos Progreso mit Gewalt versuchten, die Blockade durch den friedlichen Widerstand der 12 Widerstandsgemeinden am dem Ort, der als „El Puente“ (Die Brücke) bekannt ist und zwischen Santa Fe Ocaña und Cruz Blanca liegt, zu durchbrechen. Nach Aussage der FührerInnen der Widerstandsgemeinde, kamen um 15 Uhr an jenem Tag ungefähr 75 Personen mit Kapuzen aus dem Ort Cruz Blanca, die auf Seiten der Zementfabrik stehen und attackierten mit Feuerwaffen die Blockadegruppe. Die Maya-Organisation sprach von mindestens 17 verletzten Personen, darunter drei Frauen. Diese wurden in verschiedene Gesundheitszentren gebracht. Über ihren Gesundheitszustand ist aktuell nichts bekannt. Nach dem Angriff fuhren die Lastwagen der Cementos Progreso weiter an dem Ort vorbei.

Waqib' Kej erinnerte daran, dass am vergangenen 22. Juni der Ombudsmann für Menschenrechte (PDH), Jordán Rodas, und eine VertreterIn des Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OACNUDH) die Widerstandsgemeinden gemeinsam mit sozialen Bewegungen besucht hatten und dabei zu dem Schluss kamen, dass „man die Aggressivität des Unternehmens gegenüber den Gemeinden habe spüren können. Es gibt eine hohe Polizeipräsenz ausserhalb des Unternehmens und drei Kasernen sowie eine Brigade des Nationalen Heeres.“

Vor diesem Hintergrund bittet Waqib' Kej die PDH und OACNUDH um eine rasche Intervention, um das Leben und die physische Unversehrtheit der Widerstandsgemeinden zu sichern und die Staatsanwaltschaft (MP), dass sie die für den Angriff Verantwortlichen ermitteln möge.

Die Mayavereinigung Uk'u'x B'e verurteilte die „kriminelle Aktion gegen die 12 Widerstandsgemeinden“ ebenfalls und bewertete dies als Beweis dafür, dass die Interessen der Oligarchen weiterhin über dem Gemeinwohl stünden. Die Widerstandsgemeinden würden nur friedlich ihr verfassungsmässiges Recht wahrnehmen, sich gegen die Enteignung ihres Landes durch einen Zementkonzern zu wehren. Die Präsenz von nationalen und internationalen Grossprojekten auf ihren Territorien bedeute Verzweiflung, Tod, Inhaftierungen und Morde. Es sei die Fortsetzung des Terrors, den der Staat während des Bürgerkrieges bereits ausgeübt habe. Uk'u'x B'e nannte den Angriff „terroristisch“ und solidarisierte sich mit den Aktionen zur Verteidigung des heiligen Landes, der nicht zum Verkauf an den Meistbietenden dienen solle und erinnerte alle nationalen und internationalen Instanzen, die sich mit Menschenrechten befassen, daran, dass es ihre Rolle sei, diese Verteidigung des Lebens zu schützen. (Cerigua)

Soziale Bewegungen gegen den Gesetzentwurf zum Schutz des Lebens und der Familie

Guatemala, 29. Juni – Die Verfassungsbeschwerde gegen den Gesetzentwurf zum Schutz des Lebens und der Familie vor dem höchsten Gericht wurde am 26. Juni gestellt, da die Antragsteller diesen als Verletzung grundlegender Rechte, etwa auf Bildung, Gesundheit, Gewissens- und Meinungsfreiheit halten, insbesondere würden die Rechte von Frauen und den Mitgliedern der Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Bisexuellen und Intersexuellen (LGTBI) verletzt.

Damit wollen die InitiatorInnen der Möglichkeit vorbeugen, dass der Gesetzentwurf Menschen verletze, einschüchtere, falsch bevormunde, ausgrenze und die Menschenrechte einschränke.

Die Gesetzesentwürfe beziehen sich auf eine Veränderung des Artikels 139 des Strafgesetzes und sollen dort wie folgt lauten: „Der Versuch der Frau, ihre eigene Abtreibung und eine fahrlässige Abtreibung herbeizuführen, wird mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis vier Jahren bestraft“. Im noch bestehenden Gesetzestext steht dort, dass eine fahrlässige Abtreibung und der Versuch, diese herbeizuführen, straffrei ist.

Zudem soll der Artikel 134 Strafgesetzbuch zum Thema des versuchten Schwangerschaftsabbruchs wie folgt geändert werden: „Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch herbeiführen oder empfehlen, dass andere Personen einen solchen vornehmen sollen, werden mit einer Freiheitsstrafe zwischen fünf und acht Jahren bestraft.“

In seinem Artikel 14 versucht der Gesetzentwurf jene „öffentliche und private Bildungseinrichtungen“ zu verbieten, „die bei den Kindern und Heranwachsenden politische Einstellungen und Programme zur sexuellen Diversität und Gender-Ideologie fördern oder jene sexuelle Praktiken, die von der Heterosexualität abweichen oder unvereinbar mit den

biologischen oder genetischen Aspekten des Menschseins sind, als normal vermitteln.“

In den Artikeln 17 und 18 des Gesetzentwurfes wird „ausdrücklich die Heirat zwischen gleichgeschlechtlichen Personen verboten“ und „ausdrücklich die Erklärung einer Lebensgemeinschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Personen verboten.“

Die AutorInnen des Gesetzentwurfes schreiben in ihrer Begründung, dass „angesichts der Existenz einer Minderheit der guatemalteckischen Gesellschaft, die Gedanken und Praktiken propagieren, die mit der christlichen Moral unvereinbar sind, etwa das Modell eines natürlichen Zusammenlebens und Heirat und der Familie, ist es notwendig, rechtliche Bestimmungen zu erlassen (...), die einen vollständigen Schutz von Ehe und Familie herbeiführen.“

Die GegnerInnen des Gesetzentwurfs finden es besorgniserregend, dass dieser Entwurf nahelegt, dass die offizielle Haltung des Staates Guatemala sich gegen die Menschenrechte auf sexuelle und reproduktive Rechte richten müsse.

Sie erinnerten daran, dass das Verfassungsgericht die Gesetze Guatemalas als einem laizistischen Staat ratifiziert habe und diese Gesetze daher nicht auf religiösen Aspekten beruhen dürfen, wie es der vorliegende Gesetzentwurf tue. Der Gesetzentwurf wurde von der aus christlichen Gruppen entstandenen Partei Vision aus Werten (Visión con Valores; VIVA) eingebracht und wird von der Evangelikalischen Allianz Guatemalas unterstützt. (Cerigua)

Nach Mordangriff: Transportes Marquensita fahren vorläufig nicht mehr in den Westen

Quetzaltenango, 2. Juli - Ein Kontrolleur im Bus („ayudante“) starb diesen Montag in Folge eines bewaffneten Angriffs auf einen Bus des Unternehmens Transportes Marquensita. Die Tat fand an Kilometer 206 auf der Strasse zwischen La Esperanza und Quetzaltenango statt und führte zu einer zeitlichen Einstellung des Busverkehrs der Firma. Laut ZeugInnen zwangen zwei Personen auf Motorrädern den Busfahrer, das Fahrzeug anzuhalten und eröffneten das Feuer gegen den Bus. Dabei wurde der Ayudante schwer verletzt und starb, kurz bevor er im Wagen der Verkehrspolizei das Krankenhaus Regional de Occidente erreichte. Laut der Sprecherin des Krankenhauses, María del Carmen Sajquím, wurde die Person ins Leichenschauhaus des INACIF im Krankenhaus gebracht. Auch seien seine Taschen durchsucht worden, es wurden jedoch keinerlei Papiere gefunden, sondern nur ein Handy, das aufgrund der Schüsse beschädigt wurde.

Luis Martínez, Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft (MP), sagte, dass der Angriff vermutlich auf Erpressungen zurückzuführen sei. Dieser bewaffnete Angriff summiere sich zu dem Geschehen in der letzten Woche vor den Toren von Quetzaltenango, in Quinta Olga, wo Kriminelle einen anderen Bus beschossen, wobei es keine Verletzten gab, einige Reisende jedoch Nervenzusammenbrüche erlitten.

Die bewaffneten Angriffe auf Busfahrer im überregionalen Busverkehr haben viele BürgerInnen von Quetzaltenango in Panik versetzt, da es auch in der Vergangenheit bereits solche gegen Transportfirmen gegeben hat. „Aufgrund dieser Angriffe haben wir Angst, einen Bus zu besteigen. Aber wir müssen diese nutzen, weil es keine Alternative gibt. Es ist schwierig, noch daran zu glauben, dass die Polizei uns schützen kann“, sagte eine Passagierin.

Auf seiner Facebook-Seite kündigte das Unternehmen Transportes Marquensita an, dass sie diesen Dienstag Details über ihre Einstellung des Fahrdienstes „aufgrund der mangelnden Sicherheit“ mitteilen werde.

Im März des vergangenen Jahres blieben 30 Busse des Unternehmens in ihrem Depot in San Marcos, nachdem sie ebenfalls aufgrund der bewaffneten Überfälle ihren Dienst eingestellt hatte. Auch hier hatte es schwere Verletzungen beim Fahrer und dem Ayudante gegeben, als Kriminelle den Bus in der Calzada Roosevelt in der Hauptstadt überfielen. (PL)

Fünf Jahre Haft für den Richter Érick Santiago de León wegen Bestechlichkeit im Amt

Guatemala, 4. Juli - Érick Gustavo Santiago de León und zwei weitere Personen waren vor Gericht gestellt worden. Ihnen war vorgeworfen worden, von einem Unternehmen in einem Zivilrechtsverfahren Geld in Höhe von 10 Millionen Quetzales (= 1,1 Mio. Euro) verlangt zu haben, um zu deren Gunsten zu entscheiden. Die verantwortliche Richterin, Morelia Ríos, verurteilte Santiago de León zu fünf Jahren Haft wegen Bestechlichkeit und Eliot Imeri Díaz wegen Vetterwirtschaft zu zwei Jahren Haft. Der dritte wurde freigesprochen. Ríos verurteilte Santiago de León auch zu einer Geldstrafe in Höhe von 50.000 Quetzales (5.600 Euro) und erteilte ihm fünf Jahre Berufsverbot. Bereits aktuell war er von seinem Richteramt suspendiert worden.

Der Fall

Laut den Ermittlungen der MP und der CICIG hat sich Santiago de León mit Díaz und Alvarado am 9. Oktober 2014 verbündet, um einem Unternehmen, das zu einer Geldstrafe in Höhe von 93 Millionen Quetzales (= 10,45 Mio. Euro) verurteilt worden war, eine Reduzierung der Strafe in Aussicht zu stellen, sofern sie einen Betrag von 10 Millionen Quetzales (= 1,1 Mio. Euro) an sie zahlen würden. Laut der Ermittlungen ging es bei dem zivilrechtlichen Streit um die Verwendung eines Werbeslogans einer anderen Firma, die eine Strafzahlung durchsetzte. Im Februar 2015 entschied der Oberste Gerichtshof (CSJ), dass es genügend Beweise dafür gebe, dass der Richter an dem Geschehen beteiligt war und entzog ihm die Immunität, sodass im Fall ermittelt werden konnte. Santiago de León war damals Richter am Berufungsgericht im Zivilrecht und wurde am 22. September 2015 verhaftet, als er leitender Richter am Regionalen Berufungsgericht im Zivilrecht in Quiché war.

Antikorruptions-Front verlangt Wiedereinstellung von PolizistInnen, die CICIG zuarbeiten

Guatemala, 7. Juli – UnternehmerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen, indigene Autoritäten, Abgeordnete und PolitikerInnen, allesamt zusammengeschlossen in der Front gegen Korruption, haben diesen Samstag die Wiedereinstellung von MitarbeiterInnen der CICIG verlangt und die Regierung aufgefordert, ihre „Feindseligkeiten“ einzustellen. In ihrer Presseerklärung drückten die genannten Gruppen ihre „Wut und Ablehnung“ gegenüber der Entscheidung aus, 20 von 45 PolizistInnen der Division zum Schutz von Personen und Sicherheit der Nationalpolizei (Diproper-PNC) abzuziehen, die der CICIG zuarbeiten. Dabei bringe diese Entscheidung die verbliebenen MitarbeiterInnen der CICIG in Gefahr.

Aus diesem Grund forderten sie von der Regierung von Jimmy Morales, dass sie „ihre Feindseligkeiten gegen die CICIG“ und ihren Leiter, den kolumbianischen Anwalt Iván Velásquez, beenden sollten. Die Polizeianten sollten sofort wieder in ihren jetzigen Funktionen eingestellt werden. Die Regierung habe den Abzug der PolizistInnen damit begründet, dass sie die Sicherheit an strategischen Punkten des Landes wiederherstellen wolle. Die hinter dieser Argumentation stehende Situation zeige jedoch – so die KritikerInnen – „den Mangel an staatlichem Engagement“ und die Straffreiheit für den Präsidenten.

Die Regierung fahre einen Feldzug gegen die CICIG, deren Mandat im September 2019 ablaufe, seit einige Familienangehörige und enge GefährtInnen von Jimmy Morales wegen mutmasslichen Akten der Korruption vor Gericht stehen. Die jetzige Entscheidung über die 20 PolizistInnen erfolgte nun, nachdem Velásquez diese Woche in einem Interview mit der Nachrichtenagentur EFE in Brüssel gesagt, dass die Aufgabe der CICIG in Guatemala übergross sei – auch aufgrund der Opposition aus der Regierung und aus anderen Sektoren.

Reorganisation

Der Sprecher der Nationalen Polizei (PNC), Pablo Castillo, erklärte, dass diese Entscheidung auf einer Risikoanalyse beruhe, die Diproper-PNC vorgenommen hat und die zu dem Schluss gekommen sei, dass die CICIG ein Übermass an Sicherheitspersonal habe. „Von allen Institutionen, denen die PNC in Sicherheitsfragen vollumfänglich hilft, ist die CICIG die mit den meisten MitarbeiterInnen. Aufgrund der Notwendigkeit an Humanressourcen wurden nun 20 AgentInnen abgezogen, sodass noch 25 für CICIG verbleiben“, sagte Castillo. Die Abteilung evaluiere alle sechs Monate die Ministerien, Botschaften, Abgeordneten und Personen, denen auf richterliche Anordnung Personenschutz zugewiesen werden. „Die PNC erhält viele Anfragen in Sicherheitsfragen“, ergänzt Castillo.

Veränderungen

Es ist nicht das erste Mal, dass PolizeiantenInnen, die der CICIG zugeordnet worden sind, abgezogen worden sind. Seit dem Amtsantritt des Innenministers, Enrique Antonio Degenhart, gab es mindestens zwei Vorfälle, in denen die CICIG eine Verminderung des ihnen zugewiesenen Personals hinnehmen musste.

Am 19. März entzog das Innenministerium der CICIG elf AgentInnen, die Teil der Generaldirektion für Zivile Ermittlungen (DIGICI) waren und ihr direkt bei Ermittlungen halfen. Einige Tage später wurden sie wiedereingesetzt.

Am 24. April tauschten der Innenminister Degenhart und der CICIG-Leiter Velásquez Briefe aus, die sich mit einer Ermittlung befasste, die einen Polizisten, der CICIG zugeordnet war, zu einem Wohnhaus führte, in dem u.a. auch der Innenminister wohnte. Die PolizeiantenInnen, die an der Operation beteiligt waren, wurden anderen Einheiten zugewiesen, obwohl Velásquez erklärte, dass die Ermittlungen nichts mit der Person Degenhart zu tun gehabt hätten.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6